

Dietrich Mühlberg

Schwierigkeiten kultureller Assimilation

Freuden und Mühen der Ostdeutschen beim Eingewöhnen in neue Standards des Alltagslebens

I. Weitgehende Assimilation der Neubürger

Mehrheitlich auf eigenen Wunsch und auf komfortable Art sind die Ostdeutschen aus ihren gewohnten gesellschaftlichen Zusammenhängen herausgerissen worden. Sie haben ihre Ursprungsgesellschaft überlebt und fanden sich nach der Auflösung bzw. Zerstörung fast des gesamten institutionellen Gefüges und der früheren Sozialstruktur in einer gänzlich anderen Gesellschaft wieder. Sie galten als Akteure eines Geschehens, das seit 1990 so deutlich hinter ihnen lag: eine abgeschlossene Zeit, jenseits derer ein neues Leben begann. Sie haben alle eine „Biographie“, ihr früheres Leben ist schon Geschichte. Die Älteren erzählen davon wie von einer verlassenen Heimat: „Damals, zu unserer Zeit, da war das so . . .“

War ihnen das Neue völlig fremd? Selbstverständlich hatten in den Jahren der Teilung viele Ostdeutsche das Geschehen im Westen verfolgt. Doch trotz aufmerksamer Nachbarschaft konnten auch sie die westlichen Strukturen und Institutionen nicht kennen, die 1990 unvermittelt auf ihren Lebensraum übertragen wurden. Markt, Wirtschaft, Technik, Recht, Politik, Massenmedien, Verwaltung, soziale Sicherungen – nichts davon ist östlich geblieben. Alle wurden „zu Fremden im eigenen Land, die noch einmal ganz von vorn anzufangen hatten“¹. Nicht ohne Geschick lernten sie und stellten viele ihrer Strategien und Techniken auf die neuen Umstände um.² Der Assimilati-

*Dieser Aufsatz beruht auf den Nachbetrachtungen des Verfassers zu dem von Evemarie Badstübner herausgegebenen Buch: *Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin 2000, S. 648–695.**

1 Robert Hettlage, Kulturelle Integration, in: ders./Karl Lenz (Hrsg.), *Deutschland nach der Wende. Fünf-Jahres-Bilanz*, München 1995, S. 17–18.

2 „Sie wußten nicht, wie die westlichen Gesellschaften aufgebaut sind, welche Institutionen wichtig sind, welche Rolle Parteien, Gewerkschaften, Vereine spielen, wie Interessen artikuliert und Konflikte ausgetragen werden. Ostdeutschen ist die Kultur des Westens fremd. Sie individuell auf die

ons- und Anpassungsprozess – der bislang weder in dieser Dimension noch in dieser exogen geprägten Form in hoch entwickelten Gesellschaften zu beobachten war – kann im Großen und Ganzen als gelungen interpretiert werden.

Aber eine neue innere Stimmigkeit aller Details ihres privaten und öffentlichen Lebens haben viele Ostdeutsche noch nicht erreicht. Ihr Handeln als Erwerbstätige, als Rechtssubjekte, als Männer, Frauen, Eltern, Nachbarn, Kollegen, ihr Auftreten als Staatsbürger in der politischen Sphäre, in den Tauschhandlungen, als Konsumenten usw. – alles zusammen muss sich auf den neuen Gleisen erst noch so einfahren, dass es wieder aus sich heraus adäquat und harmonisch ist. Eine vollständige kulturelle Assimilation dürfte nur nachwachsenden Generationen gelingen. Die heute lebenden „Eingeborenen“ der neuen Länder werden sich nur unvollkommen und mit inneren Brüchen an die neuen Lebensregeln anzupassen vermögen. Sie fallen immer unerwartet aus der Rolle und beweisen damit, dass sie zugleich noch in ein anderes „Bedeutungsgewebe“ eingebunden sind: Sie missverstehen die Situation, sprechen falsch, empfinden abstrus, geben sich unvorteilhaft, verlangen das Verkehrte, erwarten das Unmögliche und verstehen es nicht, ihre wirklichen Vorteile zu nutzen. Aber gerade weil ihnen die Selbstsicherheit fehlt, mit der Westdeutsche in allen Handlungsfeldern ihres vertrauten Gesellschaftssystems zu agieren vermögen, können sie sozial lernbegierig und kritisch sein.

Für Westdeutsche ist es mitunter kurios, wie die „Brüder und Schwestern“ sich mühen, Marktwirtschaft, westliche Demokratie und Lebensstil zu erlernen, amüsiert bis ungehalten blicken sie auf Überanpassung wie auf Verweigerung. Gering ist ihre Neigung, ein altes Sujet der Zivilisationskritik wieder aufzunehmen und die Reaktionen des

Bundesrepublik einzustellen, das ist den meisten mittlerweile ziemlich gut gelungen. Aber sie haben die westliche Gesellschaft nicht verinnerlicht.“ Rolf Reißig, *Der Osten will nicht verachtet werden*. Interview mit R. Reißig, in: *taz – Magazin* vom 23./24. Mai 1998, S. VI–VII.

„naiven Wilden“ als Spiegel der eigenen Kultur zu begreifen. Kritische Impulse, die aus der ostdeutschen Teilgesellschaft kommen könnten, sind kaum bemerkt oder gar fruchtbar geworden. Ist hier Furcht vor einer Überfremdung durch die Ostdeutschen im Spiele? Günter Gaus hat das kulturelle Spannungsfeld angedeutet, als er von „dummen Siegern“³ im Westen sprach, denen im Osten die Wendeverlierer entsprechen, die vergeblich versuchen, den Wessis nachzueifern.

Konfliktreich ist der Lernprozess der Ostdeutschen in allen Lebenssphären, doch das existenzielle Gewicht ist verschieden verteilt. Mit vielen der neuen Bedingungen kamen sie im Alltagshandeln schnell zurecht.⁴ Mit anderen – etwa mit der ungewohnten Verrechtlichung und Bürokratisierung aller Seiten ihres Lebens – werden viele noch lange ihre Mühe haben. Doch schwerer als solche eher technischen Probleme dürften die großen sozialen Umbrüche zu bewältigen sein. Die damit verbundenen Konflikte deuten auf beträchtliche Besonderheiten der ostdeutschen Lebensweise hin. Diese betreffen das Verhältnis zur Arbeit, zu Armut, Reichtum und Freiheit, zum Geld, zur Zeit, zum Geschlechterverhältnis, zur Religion, zum Kriege und zu sozialer Sicherheit. In diesen – im Folgenden aus Platzgründen nur zum Teil behandelten – Beziehungsfeldern hatte sich offenbar ein anderes Geflecht kultureller Übereinstimmungen ausgebildet, dessen Zerfall und Verschwinden jetzt in allen Lebensbereichen – wenn auch unterschiedlich intensiv – erfahren wird.

1. Arbeit

Die größten Übergangsschwierigkeiten dürften aus der subjektiv erlebten Abwertung der eigenen Arbeit folgen – vordergründig und mehrheitlich als Verlust der beruflichen Qualifikation und der Erwerbsmöglichkeit erfahren. Zugleich fällt es vielen Ostdeutschen schwer, die Arbeit nun als Job zu verstehen, den man suchen und annehmen muss, die Arbeit als Konkurrenz- und Karrierefeld zu begreifen, ihre ständige Gefährdung durch Arbeitslosigkeit zu verarbeiten und damit klar zu kommen, dass sie für die überwiegende Mehrheit

heute ein Ort strikter Unterordnung und Anpassung ist.

Fast alles dies kollidiert mit ihrer starken Arbeitsorientierung. Im innerdeutschen Vergleich gilt sie übereinstimmend als mentale Besonderheit der Ostdeutschen, konnte sie doch in allen Milieus und Lebensstilgruppen nachgewiesen werden. Unter den sehr wichtigen Lebensbereichen nennen 34,7 Prozent der Westdeutschen die Arbeit (nach Familie, Freizeit und Freunden), dagegen 60,8 Prozent der Ostdeutschen (zweiter Platz nach der Familie).⁵ Auch einige Gründe für diesen Unterschied zum Westen scheinen auf der Hand zu liegen: Sie hatten kaum mehr Erfahrungen mit dem Arbeitsmarkt, verfügten über geringere Freizeitmöglichkeiten, waren einer arbeitszentrierten Ideologie ausgesetzt, lebten im Einflussgebiet protestantischer Tradition usw. Der Eintritt in die bundesdeutsche Gesellschaft musste darum gerade im Arbeitsverhältnis zu heftigen Irritationen führen – verstärkt durch die illusionäre Erwartung, dass nun endlich alle realsozialistischen Unzulänglichkeiten verschwinden würden, die den eigenen Leistungswillen bislang gebremst oder ins Leere hatten laufen lassen. Das ist der Grund dafür, dass sie 1990 noch fast alle ihren eigenen Fähigkeiten vertrauten, sich in der neuen Gesellschaft durchzusetzen.

Denn in den Umfragen von 1990/91 haben sich die Ostdeutschen noch als überzeugte Anhänger der Leistungsgesellschaft ausgewiesen, wurden dann aber durch eigene Erfahrung zu Skeptikern. Es trat ein Stimmungsumschwung in der Beziehung zum System der sozialen Marktwirtschaft ein, den Heiner Meulemann gerade auf die verbreitete „Arbeitsideologie“, auf die überhöhten Erwartungen der Ostdeutschen und ihre Blindheit gegenüber den neuen Chancen zurückgeführt hat.⁶ Doch für die Mehrzahl der heute lebenden Ostdeutschen haben sich mit der Rückkehr in die Marktwirtschaft keine neuen Chancen eröffnet, sich durch Leistung in der Arbeit zu bestätigen. Die Zahl der Erwerbstätigen sank um 48 Prozent, fast die Hälfte schied also aus dem Erwerbsleben aus. Verlust der Arbeitsmöglichkeit und Entwertung

3 „Der Mann, der nicht mehr träumt“. Günter Gaus im Interview, in: Der Tagesspiegel vom 23. November 1999, S. 3.

4 „Auch wenn sich für sie vieles seit der Wende geändert hat – ihr Verhältnis zur Bürokratie, zum Mitmenschen, zur Arbeit, zum Geld, zur Zeit, ja sogar zum eigenen Körper – so haben sie Probleme der Umstellung doch inzwischen weitgehend gemeistert.“ Detlef Pollack/Gert Pickel, Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? Die Einstellung der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41–42/98, S. 9.

5 Vgl. Jürgen Gerhards/Jörg Rössel, Familienkultur in den USA und in West- und Ostdeutschland, in: Jürgen Gerhards (Hrsg.), Die Vermessung kultureller Unterschiede. USA und Deutschland im Vergleich, Wiesbaden 2000, S. 239.

6 Die „neue Gesellschaftsform bietet weniger Sicherheit und mehr Chancen; aber für den Novizen wiegt der Verlust an Sicherheit schwerer als der Gewinn an Chancen“. Heiner Meulemann, Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation, Weinheim – München 1996, S. 291.

der Berufserfahrung sind die individuelle Seite des Problems, weil daraus die Frage folgt, was die davon Betroffenen mit dem Rest ihres Lebens machen werden. Gesellschaftlich prekär ist die damit verbundene soziale Desintegration großer Bevölkerungsgruppen.

Selbstverständlich wird dieser Bruch in den ostdeutschen Milieus und Lebensstilgruppen unterschiedlich bewältigt und kulturell gedeutet. So ist sofort einsichtig, dass unter den von Annette Spellerberg im Osten identifizierten Lebensstilgruppen⁷ es diejenige mit der Vorliebe für Abwechslung, Freizeit, Sport, Kneipe, jugendliche Kleidung usw. ist, die das höchste Maß an Wohlbefinden ausweist.⁸ Alle anderen Gruppen weisen eine geringere subjektive Lebensqualität und zugleich eine höhere Arbeitsbindung aus als die westdeutschen Vergleichsgruppen. Es ließe sich verallgemeinern, dass Arbeit bei Ostdeutschen weit stärker den für sie hohen Rang des Dienstes, der Pflicht und des Fleißes besaß und besitzt. Leistung, Ehrgeiz und Verantwortung bewerten sie auch heute deutlich höher; das Leben verstehen sie eher als eine Aufgabe, in deren Mitte sie Beruf und Arbeitsfleiß sehen. Im Unterschied zu „den Westdeutschen“ schätzen sie darum Arbeit höher als Freizeit; sie ist wichtiger für ihr Wohlbefinden und jenseits vom Geldverdienen ein hoher Wert.

Während sich im Westen der schon länger anhaltende Trend zu einer distanzierteren Haltung gegenüber der Arbeit fortsetzte, wuchs im anderen Landesteil die Identifikation mit der Arbeit noch. Heiner Meulemann vermutet darin nostalgischen Trotz und hinter der wachsenden Identifikation der Ostdeutschen mit „ihrer“ verschwundenen Gesellschaft eine rückblickende Idealisierung der eigenen Arbeit.⁹ Regina Bittner hat in der „Ethnographie einer ostdeutschen Industrieregion“ sichtbar gemacht, wie vielschichtig und differen-

ziert die Transformation der alten „Arbeitskultur“ verläuft und eine andere Deutung der anhaltenden Arbeitsorientierung gegeben: „In der Rede vom ‚immer schon gearbeitet haben‘ konstruieren sie ein Selbstverständnis, das vor Verunsicherungen und Orientierungsnöten im Zuge des Umbaus der ostdeutschen Gesellschaft schützen soll. Darüber hinaus besitzt Arbeit im Werthorizont von ostdeutschen Arbeitern lebensweltlich Bedeutung: Identität, soziale Beziehungen und gesellschaftliche Anerkennung erfuhren sie in der ‚Lebenswelt Betrieb‘; mit der Entlassung aus den Kombinatn büßten die Chemiearbeiter ihre soziale Praxis ein.“¹⁰ Sicher lassen sich die Beobachtungen aus der mitteldeutschen Industrieregion nicht auf alle „Werkstätigen“ übertragen, sie führen aber dennoch zum Kern der vergangenen ostdeutschen Gesellschaft und ihrem Lebensalltag.

Es ist trivial, dennoch muss es gesagt werden: Abhängige Erwerbsarbeit war und ist für Nichtbesitzende die einzige Quelle von Existenzmitteln, ist die Voraussetzung jeder Bedürfnis- und Genussdifferenzierung. Auf die Arbeit hin werden sie darum sozialisiert, sie allein ermöglicht ihnen persönliche Bewährung und gesellschaftliche Anerkennung und sie macht den Hauptteil ihres aktiven Lebens aus. Das haben in Deutschland die protestantische Arbeitsethik, bildungsbürgerlicher Idealismus, pietistische Lehrerseminare, die Sozialdemokratie und Walter Ulbrichts zehn Gebote gleichermaßen gepredigt. Das konnte in einer Gesellschaft nicht ohne nachhaltige Wirkung bleiben, in der für alle das Arbeitsvermögen die einzige individuelle Ressource war. Alle vorliegenden Untersuchungen bestätigen, dass die DDR eine „Arbeitsgesellschaft“ war, wie Martin Kohli¹¹ meinte und viele nach ihm mit Hinweis auf die Wertschätzung der Arbeit und die diversen Lebens- und Sozialfunktionen des Arbeitsortes bekräftigten. Arbeit bildete das Scharnier zwischen Gesellschaftssystem und Alltagsleben. Das erklärt, weshalb der „Arbeit eine eminent lebensweltliche Dimension zukam, wieso ‚auf Arbeit sein‘ als Legitimation des eigenen Daseins gelten konnte“¹².

2. Armut, Reichtum und Gerechtigkeit

Eng verbunden mit Verlufterfahrungen in der Arbeit ist eine andere „Ernüchterung“: Der

7 Annette Spellerberg veröffentlichte (gestützt auf den Ansatz von Hans-Peter Müller) 1996 eine Ost und West vergleichende Untersuchung der Lebensstile: Soziale Differenzierung durch Lebensstile. Eine empirische Untersuchung zur Lebensqualität in West- und Ostdeutschland, Berlin 1996. Zusammengefasst in: Lebensstil, soziale Schicht und Lebensqualität in West- und Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/97, S. 25–37.

8 „Der ‚Gewinnertyp‘ ist der freizeitorientierte Sportler, der sich optimistisch, zufrieden und orientiert zeigt“, Lebensstil, ebd., S. 34.

9 Sie könnten jetzt „die Arbeit vom System trennen, das sie um ihre Früchte betrogen hat. Vom Makel der Frustration durch das System befreit, kann Arbeit um so mehr als eigenständige schöpferische Leistung der Menschen gesehen werden, die zusammengearbeitet haben“. H. Meulemann (Anm. 6), S. 383. Es mag dahingestellt bleiben, ob das mit der Distanzierung vom System so einfach ist.

10 Regina Bittner, Kolonien des Eigensinns. Ethnographie einer ostdeutschen Industrieregion, Frankfurt/M. 1998, S. 7.

11 Martin Kohli, Die DDR als Arbeitsgesellschaft?, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994.

12 R. Bittner (Anm. 10), S. 43.

Reichtum der neuen deutschen Gesellschaft hat offenbar auch andere Quellen, und er ist nicht der Reichtum aller Deutschen; der Anschluss an die Bundesrepublik hat die Ostdeutschen nicht zu Teilhabern, sondern mehrheitlich zu Alimentierten gemacht. Unvermutet war der große Kontrast zwischen Arm und Reich, fremd blieb die „Schamlosigkeit“, mit der er als Antrieb und Folge des – gleichfalls ungewohnten – Konkurrenzverhaltens legitimiert wird. Daran gewöhnt, jede deutlich sichtbare Besserstellung als ein unrechtmäßiges Privileg zu begreifen (oder deren Rechtmäßigkeit zumindest anzuzweifeln), zeigen Ostdeutsche heute in allen Untersuchungen andere Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit¹³ und messen ihr (sofern Forscher eine solche Alternative aufzeigen) einen deutlich höheren Wert bei als der Freiheit.¹⁴ Die daraus folgenden Alltagskonflikte haben einigen Einfluss auf politische Entscheidungen.¹⁵

Die ostdeutsche Gesellschaft war egalitär konzipiert, die reale Dauerspannung zwischen differenzierenden und egalisierenden Tendenzen kann als ihr sozialer „Grundwiderspruch“ angesehen werden. In der Selbstthematisierung der DDR wie in der ideologischen Abgrenzung von der anderen deutschen Gesellschaft stand die Aufhebung sozialer Unterschiede immer im Mittelpunkt. Empfundene Ungleichheit, die Bildung von Gerechtigkeitssinn und von gruppensolidarischer Praxis mussten in einer auf Gleichheit programmierten Gesellschaft ohne Privateigentum (in Marx'scher Definition) anders ausfallen als in einer Gesellschaft, für die der Besitzunterschied konstitutiv ist und in der eine große Spanne zwischen der Lebenslage der Reichen und jener der Armen als gesellschaftliches Faktum angenommen wird.

Dagegen galten durch soziale Umstände verursachte und politisch zu verantwortende Ungleichheiten allgemein als ungerecht, ihre Abschaffung war das moralisch weithin legitimierte Ziel. Erst in den siebziger Jahren begannen Soziologen die „zu weit“¹⁶ getriebene Gleichheit als „Hemmnis“ für

Leistungsverhalten zu kritisieren, wurde die geringe soziale Differenzierung der sozialistischen Gesellschaften als Folge von „Gleichmacherei“ auch negativ gesehen und als Ursache ihrer Stagnation kritisiert. Im Alltag überwog dagegen der Unmut über Handwerker, die Westgeld kassieren konnten, über reich gewordene Fleischermeister, Autoschlosser, Künstler und Chefärzte, kaum aber über die Dienstklasse (die war eher die Zielscheibe von Bürgerrechtlern, die meist selbst aus ihrem Umfeld kamen).

In dieser Gleichheitsfixierung dürfte eine wesentliche mentale Besonderheit der ostdeutschen Population bestehen. Sie richtet sich heute weniger gegen privaten Reichtum der ohnehin unsichtbaren Oberklasse. Der wird vielleicht erträumt und ist zugleich noch nicht ausreichend moralisch legitimiert. Unverständnis und Furcht aber löst das ungewohnte sichtbare Elend der unteren Randgruppen aus. Da sie nur aus den Sendungen Karl-Eduard von Schnitzlers bekannt waren, musste die Realitätserfahrung schockartig ausfallen. Ostdeutsche hatten keine Praxis im Umgang mit Obdachlosen, Asylsuchenden, Fixern, „überflüssigen Jugendlichen“. Das möchten sie nicht gleichmütig hinnehmen und lasten es „dem System“ an. Gerechtigkeitsvorstellungen und Angst vor eigener Ausgrenzung lassen die Mehrheit der Ostdeutschen den Staat als einzige für sie erkennbare Instanz anrufen, hier Abhilfe zu schaffen.

Heiner Meulemann hat darin den Kern der Ost-West-Differenz gesehen und sie auf zwei gegensätzliche kulturelle Prinzipien zurückgeführt: „Ergebnisgleichheit versus Chancengleichheit“¹⁷. Andere Forscher sehen den Unterschied nicht im Ideologischen, sondern in der realen Lebenssituation. Chancengleichheit ist nicht gegeben und für Ostdeutsche auch in absehbarer Zeit nicht herzustellen. Richard Stöss hat die Politik darauf aufmerksam gemacht, warum die ostdeutschen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit lagebedingt anders strukturiert sind. Da die soziale Integration über die Arbeit auf längere Zeit unzureichend bleibe, müssten auf der Prioritätenliste von „Gerechtigkeitspolitik“ hier die Verhinderung von Armut und – anders als im Westen – „dauerhafte soziokulturelle Angebote“¹⁸ als integrierende Institutionen obenan stehen.

Manfred Lötsch, Ingenieure in der DDR. Soziologische Studien, Berlin 1988.

17 H. Meulemann (Anm. 6), S. 372.

18 Richard Stöss, Soziale Gerechtigkeit. Die ostdeutsche Perspektive. www.polwiss.fu-berlin.de, Juli 2001, S. 23.

13 Vgl. dazu Heinz-Herbert Noll, Wahrnehmung und Rechtfertigung sozialer Ungleichheit 1991–1996, in: Heiner Meulemann (Hrsg.), Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland, Opladen 1998.

14 Ausführlich und zusammenfassend dazu: H. Meulemann (Anm. 6).

15 Vgl. dazu Alexander Thumfart, Politische Kultur in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39–40/2001, S. 6–14.

16 Vgl. dazu Ingrid Lötsch/Hansgünter Meyer (Hrsg.), Die Sozialstruktur als Gegenstand der Soziologie und der empirischen soziologischen Forschung, Berlin 1998. Siehe auch

3. Geld

Die Ostdeutschen erlebten die neuen Verhältnisse zunächst als Öffnung eines unüberschaubaren Marktes mit überwältigender Vielfalt und boten das Schauspiel einer naiven Freude an der „Banane“. Vielerorts hinterließen sie den Eindruck „orientierungsloser Konsumidioten“. Die Marktforschung relativierte das bald: Die konsumorientierten hedonistischen Milieus waren im Osten relativ klein.¹⁹ Die von überbordender Warenfülle ausgelöste euphorische Phase war kurz, mit der eigenen Markterfahrung und dem Wandel der Eigentumsverhältnisse wurden Eigenschaften der Marktwirtschaft erlebt, die vielfach kritisch als Verengung des Denkens auf den Geldkreislauf, als Zwang zum Egoismus gedeutet wurde. Zugleich erlebten sie an sich selbst, wie das Geldverhältnis seine volle kulturelle Funktion wieder gewann, anonyme Abhängigkeit auszudrücken und zu realisieren, die das Individuum nicht mehr als ganze Person betreffen. („Es ist nicht mehr so viel menschliche Bindung, jeder macht jetzt mehr seins.“) Geld wurde wieder ein Mittel individueller Souveränität, wurde als die Potenz erlebt, auf alle Waren und Dienstleistungen dieser Welt zugreifen zu können. Viele Aneignungs- und Erlebnisformen verwandelten sich wieder in monetär vermitteltes Handeln. Negativ ausgedrückt: „Kein Geld zu haben, bedeutet keineswegs nur eine materielle, sondern vor allem eine kulturelle Deprivation.“²⁰

Diese Erkenntnis deutete sich als Ahnung erst an, als der Alltag plötzlich zu einer ungewohnten und belastenden Rechenaufgabe wurde. Bis dahin unbekannte Begriffe mussten nicht nur erlernt, sondern auch in ihrer Bedeutung für das eigene Leben abgeschätzt werden: Steuerklasse, Mehrwertsteuer, Preisvergleich, Kreditrahmen, Überziehungszinsen, Mietspiegel, Abschmelzung, Sonderkonditionen, Steuersparmodelle, Anrechnungszeiten, Abschreibung, Entgeltpunkte, Rezeptgebühr, Freibetrag, Kapitalertragssteuer, Skonti usw.

Aufgewachsen in einer Planwirtschaft, die auf die Herstellung von Gebrauchswerten ausgerichtet war, nicht auf Gewinn in Geldform, konnten und können viele Ostdeutsche die absolute Dominanz des Geldes in einer Markt- und Geldwirtschaft nur

schwer begreifen. Geld ist für die Mehrheit immer noch das vertraute Tausch- und Zahlungsmittel, weshalb ihnen allein auf dieser Ebene des Geldverhältnisses die Anpassung leicht fiel. Freilich verhalten sie sich auch in diesen „einfachen“ Geldangelegenheiten (Kaufstrategien, Preisvergleich, Rabatte, Kredite, Steuern, Sparen) bis heute deutlich anders als die Westdeutschen.²¹ Von der Kapitalfunktion des Geldes aber haben sie mehrheitlich keine Ahnung. Hören sie davon, so stehen sie ihr sogar ablehnend gegenüber. Der werbende Ratschlag einer Bank: „Lassen Sie Ihr Geld für sich arbeiten“ lässt sie nur an Spargbuchzinsen denken.

Es ist erstaunlich, dass die „Wiederkehr des Geldes als Wert“ von den Transformationsforschern nicht näher untersucht worden ist. Möglicherweise besaß der „Schrei nach der Westmark“ eine solche Evidenz, dass die (ja fast immer westdeutschen) Wissenschaftler darin gar kein Problem gesehen haben. Vielleicht war er eine Medienerfindung? Als sicher kann angenommen werden, dass euphorisierte Mehrheiten kaum die wirtschaftlich zerstörerischen Wirkungen des Geldes ahnten, die mit der „Währungsunion“ einsetzten; sie wussten noch nicht, in welcher Weise der Markt bald Schicksal spielen würde. Auch erstaunte, dass von allen bislang gültigen Werten nur der in der DDR wenig beliebte Haus- und Grundbesitz Bestand haben sollte. An dem einsetzenden Geschacher um die DDR-Überreste konnten Ostdeutsche nur ausnahmsweise mitwirken, weil ihnen Entscheidendes fehlte: Geld und Kreditwürdigkeit. Sie hatten auch keine Erfahrung auf diesem Felde und waren mental nicht darauf eingestellt.

Während die Kapitalgesellschaft in den Geldangelegenheiten nur wenige „sittenwidrige Geschäfte“ kennt, tendierte die ostdeutsche Gesellschaft dazu, alles Geschäftliche als pejorativ anzusehen. Niemand konnte hier eine Idee „günstig vermarkten“ oder sich selbst „gut verkaufen“. Geschäftstüchtigkeit galt eher als üble Nachrede, und selbst unter den wenigen Prostituierten wurde Wert darauf gelegt, „es“ nicht allein oder in erster Linie des Geldes wegen zu tun.²² Sicher schwangen da uralte und immer wieder belebte Vorstellungen von einer Redlichkeit mit, die allem Schacher abhold ist. Einst sind sie aus den Zünften in die Arbeiterkul-

19 Vgl. SINUS-Lebensweltforschung, Lebensweltforschung und soziale Milieus in West- und Ostdeutschland, Heidelberg 1992.

20 Christoph Deutschmann, Geld als soziales Konstrukt. Zur Aktualität von Marx und Simmel, in: Leviathan, 23 (1995) 3, S. 389.

21 Vgl. Ulrich Busch, Osis mit schlechter Rendite. Geldverhalten – die Ostdeutschen sind in der Marktwirtschaft angekommen, aber noch nicht im Kapitalismus, in: Freitag, Nr. 33 vom 6. August 1999, S. 6.

22 So etwa in der Fernsehdokumentation „Huren unter Honecker“ von Katja Herr für den MDR (Erstsendung 27. 3. 1996).

tur übertragen worden. Die Distanz der organisierten Arbeiter zu den Händlern und Dienstleistern ist bekannt: Sie haben keine ehrlichen Berufe, sie arbeiten nicht wirklich, sondern schmarotzen an dem, was der Hände Arbeit geschaffen hat. Wie sich solche Vorstellungen in der DDR halten konnten und zur Norm in allen sozialen Schichten wurden, ist noch aufzuklären.²³

Selbstverständlich war Geld auch im Alltag der DDR-Gesellschaft eine wichtige Größe. Vorrangig in Geldform wurde die Arbeitsbewertung ausgedrückt. Doch die Arbeit war für viele nicht das Mittel und das Geld der Zweck, schon weil es viele andere arbeitsabhängige Gratifikationen gab. Geld diente als eine Art Bezugsschein für notwendige und begehrte Güter. Das Verhältnis war kalkulierbar, veränderte sich doch das limitierte Warenangebot nur langsam, auch die Preise blieben weithin stabil und waren im ganzen Lande gleich.²⁴ Geld war ein praktisches Äquivalent, jedoch beileibe nicht für alles, und die Verfügung darüber war durch die eigene Arbeitsleistung begrenzt. Die Verführungen des „Geldmachens“ fehlten, wie konnte Geld da an der Spitze der Werteskala stehen? Solch Umgang mit dem Geld lag nicht grundsätzlich außerhalb früherer Praxen. Josef Moosers²⁵ Langzeitstatistiken vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik haben gezeigt, seit wann für Lohnabhängige das Geld etwas mehr werden konnte als das immer knappe Äquivalent für das Lebensnotwendige. Vor 1960 war es das jedenfalls nur ausnahmsweise. Und gerade da wurde die Ost-West-Trennung abgeschlossen.

Das Leben der Ostdeutschen war seitdem geprägt durch die weitgehende Abwesenheit von Privateigentum und von seinem Geldausdruck. Das galt auch für den persönlichen Besitz. Erbschaftsangelegenheiten waren meist ohne größere Bedeutung, Steuern galten eher als Überbleibsel und spielten für die Mehrheit keine große Rolle (Bauern zahlten keine, Arbeiter geringe, Angestellte, Handwerker, Gastwirte und andere Selbständige mussten mehr zahlen). Geld war nicht zweitrangig geworden, doch oftmals wirkte es gar nicht als all-

gemeines Äquivalent oder nur in Kombination mit „Beziehungen“, mit Zugriffsmöglichkeiten, Findigkeit usw. Auch das begehrte Westgeld hatte als häufigste Quelle „persönliche Abhängigkeitsverhältnisse“, und verwendbar war es zunächst nur im „Beziehungsgeldverkehr“. Selbst die „Intershops“ funktionierten anfangs so.

4. Zeit

Die kulturelle Umwertung des Geldes musste auch das Verhältnis zur Zeit ändern. Es ist vermutet worden, dass die individuelle Zeitsouveränität deutlich vor der Verfügung über Geld rangierte. Ferner ist auf den geringeren Leistungs- und Konsumdruck als Ursache hingewiesen worden. Als aktuelle Indizien gelten Klagen über einen ungewohnten Zeitdruck, über die Hektik der westdeutschen Gesellschaft und über eingetretenen Zeitmangel („früher waren wir uns alle irgendwie näher, heute hat keiner mehr Zeit“). Daran wird in aktuellen Debatten über die Zukunft der Arbeit die Erwartung geknüpft, dass Ostdeutsche ihrer mentalen „Ausstattung“ nach eher bereit sein könnten, für Zeitgewinn auf Geld zu verzichten. Sofern diese Neigung tatsächlich nachgewiesen werden kann, dürfte sie aus zwei Gründen wenig dauerhaft sein: Zum einen ist aktuell und auf absehbare Zeit nur eine kleine ostdeutsche Schicht materiell so ausgestattet, dass ihr die Konvertierung von Geld in Zeit möglich ist (aber gerade diese Gutverdienenden können sich keine Arbeitspausen leisten). Zum anderen verweisen alle Daten zum Medien-, Konsum- und Zeitverhalten auf die schnelle Assimilation der Ostdeutschen. Zwar bestehen noch deutliche Rückstände im Umfang der verfügbaren freien Zeit,²⁶ auch wird der Tag anders eingeteilt (Ostdeutsche stehen eine Stunde früher auf und gehen entsprechend früher zu Bett²⁷), aber die Zeitverwendung hat sich – von bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen – weitgehend angeglichen. Nahmen sich Ostdeutsche früher mehr Zeit für sich, für ihre Kinder, für gesellige Kontakte, für Fernsehen, zum Zeitunglesen, für Gartenarbeit und Reparaturen, so telefonieren sie heute entschieden häufiger, gehen in Fitness-Center, Freizeitparks oder zu Psychotherapeuten. Auch bei Reisen und Shopping haben sie aufgeholt. Die Annäherung an westliche Freizeit-

23 Selbst ein Kulturhistoriker legte sich in dieser Sache fest: „... wir haben die große, staatlich verordnete Lüge getauscht gegen die mehrheitsfähige, eben durchschnittliche Betrügerei, gegen das Prinzip bedingungsloser Vorteilsnahme, das uns in den Augen der 3. Welt die Seele zerstört ...“ Hans-Peter Lühr, Pluralismus von Identität. Das deutsch-deutsche Kulturbewusstsein, in: Problemkreise der angewandten Kulturwissenschaft, Heft 1, Karlsruhe 1997, S. 43.

24 Vgl. Ina Merkel, Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln 1999.

25 Josef Mooser, Arbeiterleben in Deutschland 1900 – 1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt/M. 1984.

26 Nicht nur wegen der notwendigen zusätzlichen Arbeiten in der Freizeit, sondern vor allem wegen längerer Arbeitszeit und kürzerem Urlaub. Für Frauen wurden etliche Zeitvergünstigungen abgeschafft und die Lebensarbeitszeit sogar um fünf Jahre verlängert.

27 Es ist die am Berufsleben in der Industrie und Landwirtschaft orientierte Einteilung der Tageszeit mit Arbeitsbeginn für alle zwischen sechs und acht Uhr.

gewohnheiten ist im Ganzen weitgehend problemlos verlaufen. Denn auch die DDR hatte sich bei aller Arbeitsorientierung bereits in den siebziger Jahren zu einer „Freizeitgesellschaft“ entwickelt. Dies sicher abgestuft nach Generationen und Milieus, für Mehrheiten aber kam es nach 1990 zu keiner generellen Veränderung der kulturellen Verhaltensweisen; auch die Öffnung neuer Möglichkeiten und der Gewinn neuer Genüsse schien für sie im Spektrum des Vertrauten zu bleiben.

Wenn in den Vorstellungen großer Gruppen dennoch die selbst bestimmte Zeit als Wert vor dem Geld rangiert, dann dürfte das an der noch unzureichenden kulturellen Legitimation des Geldes liegen. Es hält sich die Überzeugung, es gäbe einfordere soziale Menschenrechte, die Vorrang vor allen Bilanzen haben. In diesem Punkt hadern selbst weitgehend Assimilierte mit den heutigen Zuständen. Aber in welchen Aktionen, welcher Bewegung, welchen Ereignissen sich diese mentale Verfassung heute noch kulturell objektivieren könnte, muss offen bleiben. Wahrscheinlich wird sie als Hintergrund für Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit überdauern.

5. Symmetrie der Geschlechter?

Gemäß dem asymmetrischen Geschlechtervertrag westlicher Industriegesellschaften liegt der Hauptakzent der männlichen Rolle darauf, die Familie zu versorgen. Als weibliche Lebensaufgabe wird es angesehen, die Familie zu erhalten. Beim Übergang in die westdeutsche Gesellschaft folgten daraus für ostdeutsche Frauen aller Altersgruppen und Schichten, für deren Lebensentwurf und Alltagspraxis die lebenslange Berufstätigkeit normal war, vielfältige Konflikte. Es kam zu einer neuartigen Doppelbelastung als Ostdeutsche und als Frau. Nun untauglich gewordene Emanzipationsstrategien mussten auf das neue Bedingungssystem umgestellt werden.²⁸

Ein Bild davon zeichneten bereits die frühen Studien zu den Lebensverhältnissen deutscher Frauen, etwa die „Schering-Frauenstudie ‘93“, nach der 81 Prozent der ostdeutschen Frauen meinten, dass sich ihre Situation seit 1990 verschlechtert habe (nur 5 Prozent sahen eine Verbesserung).²⁹ In der Sozialpolitik standen nicht mehr

die Gleichzeitigkeit von Familie und Beruf im Mittelpunkt, sondern das Absichern von Zeiten der Erwerbslosigkeit. Frauen wurden und werden massenhaft und überproportional aus dem Erwerbsbereich verdrängt, ehemals frauentypische Bereiche von Männern erobert, die lukrativen und mit Macht verbundenen Arbeitsstellen noch mehr als zuvor von Männern besetzt.³⁰ Die Folge ist, dass Armut „auch in Ostdeutschland immer weiblicher (und immer jünger)“³¹ wird. Bisher kann nur „ein kleinerer Teil ostdeutscher Frauen – überdurchschnittlich aktiv und überdurchschnittlich qualifiziert – die neuen Lebensmöglichkeiten erfolgreich“³² nutzen.

Weibliche Gegenwehr richtete sich vor allem gegen die Verdrängung aus der Berufstätigkeit. Denn schnell war offensichtlich, dass Lebenschancen und Möglichkeiten zu kultureller und politischer Teilhabe nun in noch höherem Maße von der eigenen Erwerbstätigkeit abhingen. Das motivierte zum Festhalten an der „Doppelstrategie“ (jüngst auch an der erheblichen Zahl junger Frauen festgestellt, die nach 1989 in den Westen gegangen sind³³).

Debatten über die neue Lebenssituation von Frauen waren meist emotional aufgeladen, reichten die neuen Konflikte doch vom „Intimleben“ über das Verhältnis zu den Kindern bis in die hohe Politik und berührten damit immer zugleich das Selbstverständnis der Beteiligten. Es hat nicht an Prognosen gefehlt, dass sich der Sonderanspruch der ostdeutschen Frauen schnell verlieren werde (auch die – immer noch niedrige – Geburtenrate wurde als kurzfristiges Anpassungsverhalten interpretiert). Es wurde sogar ihr „unguter Hang zur Erwerbstätigkeit“ als eine der Ursachen für

Tätigkeit sind, sich weit stärkere Sorgen um die finanzielle Lage der Familie und die Zukunft ihrer Kinder machen und weit mehr über die soziale Entwicklung der Gesellschaft nachdenken.

30 Selbst Untersuchungen zum lokalpolitischen Feld zeigten, dass Frauen durch parteipolitische Männernetzwerke, durch geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Verwaltung und durch die Verschlechterung ihrer sozialen Situation aus der Kommunalpolitik verdrängt werden. Vgl. Brigitte Geißel/Birgit Sauer, Transformationsprozess und Geschlechterverhältnisse in den neuen Bundesländern. Auswirkungen auf der lokalen politischen Ebene, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39–40/2001, S. 32–38.

31 Ursula Schröter, Ostdeutsche Frauen im Transformationsprozess. Eine soziologische Analyse zur sozialen Situation ostdeutscher Frauen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/95, S. 42.

32 Ebd.

33 Vgl. Manuela Badur, Junge Frauen aus Ostdeutschland. Individualisierungsprozesse im Zuge der deutschen Einigung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/99, S. 27–33.

28 Vgl. dazu Christine Eifler, Die deutsche Einheit und die Differenz weiblicher Lebensentwürfe, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41–42/98, S. 37–42.

29 Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.), Frauen in Deutschland. Lebensverhältnisse, Lebensstile und Zukunftserwartungen, Köln 1993, S. 24 f. Hier wird u. a. ausgewiesen, dass ostdeutsche Frauen unzufriedener mit ihrer

die hohe Arbeitslosigkeit im Osten ausgemacht. Doch entgegen allen Widrigkeiten beharrten sie fast ausnahmslos auf ihrer vollen Erwerbsintegration. Das wirkt sich offenbar auch positiv auf die Familienbindung aus, denn ostdeutsche Frauen gewinnen deutlich mehr Freude aus der Familie, durch ihre Kinder und ihre Partnerschaft als westdeutsche.³⁴

An einer zusammenfassenden Aufzählung jener Faktoren, die im Osten eine Annäherung der Geschlechterpositionen bewirkt haben, lässt sich ablesen, in welchen Aspekten der Lebensalltag der ostdeutschen Frauen anders war und auf welchen Gebieten sie nach 1990 daher Zurücksetzungen erfahren haben. Karl Ulrich Mayer und Martin Diewald zählten zu den „umfassenden Gleichstellungsmaßnahmen . . . unter anderem die rechtliche Gleichstellung, die Herstellung der Gleichheit der Ausbildungsqualifikationen, die Vollerwerbstätigkeit, die Förderung der Frauen bei der Besetzung von Leitungspositionen, die Minimierung der Folgen und Kosten von geburtenbedingten Erwerbsunterbrechungen, umfassende Dienstleistungen für die Kinderbetreuung im Schul- und Vorschulalter, eine kinderfreundliche Wohnungsvergabe und – nicht zuletzt – die Herstellung einer Gleichheitskultur auf der Ebene offizieller Normen, Werte und Leitbilder“³⁵. Zu den Faktoren, die eine völlige Chancengleichheit verhindert hatten, gehörten auch die „weiterhin bestehenden patriarchalischen Einstellungen und Verhaltensweisen im Privatbereich“. Und genau diese in der einstigen DDR fortbestehenden Asymmetrien im Geschlechterverhältnis sind es, die sich unter den neuen Bedingungen verstärken und die Rückkehr zu traditionelleren Formen der Partnerschaft und Familie befördern könnten. Das aber widerspräche kulturellen Trends auch der westlichen Gesellschaften; weibliche Widerständigkeit hat also Erfolgsaussichten.³⁶

6. Sicherheit und Freiheit

Zu den großen sozialen Umbrüchen, welche die Ostdeutschen zu verarbeiten haben, gehört die bis

34 Vgl. dazu: Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.), *Frauen in Deutschland. Lebensverhältnisse, Lebensstile und Zukunftserwartungen*, Köln 1993.

35 Karl Ulrich Mayer/Martin Diewald, Kollektiv und Eigensinn: Die Geschichte der DDR und die Lebensverläufe ihrer Bürger, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 46/96, S. 13.

36 Vgl. Ina Dietzsch/Irene Dölling, Selbstverständlichkeiten im biographischen Konzept ostdeutscher Frauen. Ein Vergleich 1990–1994, in: *Berliner Debatte INITIAL*, (1996) 2, S. 11–20.

dahin unbekanntes Unüberschaubarkeit und Unsicherheit der eigenen Existenz. Ihr früheres Leben war vor abwendbaren Folgen der Wechselfälle des individuellen Lebens und des sozialen Wandels weitgehend geschützt. Planung und Lenkung bewahrten sie vor den Marktkräften, sie lebten in einem „Versorgungsstaat“, der idealiter „die Grundversorgung der Bevölkerung umfassend und gleichmäßig garantiert(e)“. Dazu dienten die Garantie des Arbeitsplatzes und ein niedrig gehaltenes Preisniveau ebenso wie der kostenlose Zugang zum staatlichen Gesundheitssystem oder ein weitgehend nivelliertes Rentensystem.“³⁷ Die vom Wohlfahrtsstaat gebotene „Sicherheit und Geborgenheit“ war für die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung eine so selbstverständliche Qualität ihres Alltags, dass sie diese wohl auch vom westdeutschen Sozialstaat erwartet haben. Doch dessen Sicherungssystem ist anders verfasst: Es schützt nicht vor den Marktkräften (die negativ vor allem als Arbeitslosigkeit, aber auch als Wohnungsverlust, Verschuldung, medizinische Unterversorgung usw. erfahren werden können), sondern federt deren sozial negative Folgen ab. So ist es nicht auf gleiche Absicherung (bei Krankheit, bei Arbeitslosigkeit, im Alter usw.) ausgerichtet, sondern macht sie von der Ergiebigkeit der Erwerbstätigkeit abhängig. Schwierigkeiten bei der Umorientierung auf dieses System veranlassen zum Vergleichen und zu nostalgischer Rückbesinnung,³⁸ zusätzlich genährt durch die Debatten über den jetzt nötigen Umbau des Sozialstaats.

In der von Hans Günter Hockerts herausgegebenen Vergleichsstudie wird herausgearbeitet, wie die Nachfolgestaaten der Weimarer Republik aus deren „spannungsreicher Gemengelage“ die „verschiedenen Optionen und Ordnungsideen“ „in jeweils spezifischer Auswahl aufgegriffen“ haben und wie sie „in besonderen Bahnen fortgeführt worden sind“. Wenn solcherart die Ost-West-Unterschiede in Arbeitsverfassung, Gesundheitspolitik, Alters- und Familiensicherung, Wohnungspolitik und öffentlicher Fürsorge vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Vergangenheit verglichen werden, wird auch verständlich, wie unterschiedlich die jeweils ausgebildeten Wertvorstellungen und Strategien des Alltagshandelns ausfallen mussten, warum Ostdeutsche auf die Entlassung aus der Fürsorge und die damit ver-

37 Hans Günter Hockerts (Hrsg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, München 1998, S. 17.

38 Vgl. Oscar W. Gabriel (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen 1996, S. 22.

bundene „Unsicherheitserfahrung“³⁹ mehrheitlich mit Forderungen nach sozialstaatlichem Ausgleich reagieren mussten, also alte Selbstverständlichkeiten auf neue Weise intonierten. Westdeutsche Beobachter deuteten dies als Sehnsucht nach einer miefigen Geborgenheit, aus der sie eben in eine Freiheit entlassen wurden, mit der sie offenbar nichts anzufangen wissen.

In diesem Geiste machten die Medien soziale Sicherheit und Freiheit zu einem Gegensatzpaar. In ihrem politischen Tagesgeschäft begann es für die deutsch-deutschen Unterschiede insgesamt zu stehen. Doch prüft man die Begriffsinhalte, in denen solche gravierenden Differenzen im Wertaushalt geäußert werden, so ist zu sehen, dass Sicherheit und Freiheit in Ost und West anders verstanden und definiert werden. Ostdeutschen geht es weniger um Freiheitsrechte, dafür mehr um die Freiheit von ausschließenden und einschränkenden Lebensbedingungen. Dies mag in der „arbeiterlichen“ Tradition liegen, in erkämpften sozialen Sicherheiten die Grundlage familiärer wie individueller Handlungsspielräume zu sehen. Es ist anzunehmen, dass diese mentale Eigenheit bei den gegebenen Besitzverhältnissen nicht so schnell verschwinden wird.

II. Nachklingende typologische Unvereinbarkeit?

Kommt „ostdeutsches Verhalten“ öffentlich zur Sprache, geht es fast immer um Abweichungen (von „westdeutschem Verhalten“) grundsätzlicher Art: in den Ansprüchen an die Arbeit, in Vorstellungen von der Frauenrolle, von Gerechtigkeit und Freiheit, von Religion und Krieg. Es ist schwer zu sagen, ob die gesteigerte Empfindlichkeit für solche mentalen Ost-West-Unterschiede als Indiz für die inzwischen erreichte Nähe zu deuten ist oder ob sich darin das nur schwer zu unterdrückende Unbehagen äußert, das vom verschiedenen gestrickten, untergründigen Kulturgewebe des anderen erregt wird. Immer noch brechen bei den Ostdeutschen unvermutet Anpassungskonflikte auf, häufig durch Nichtigkeiten ausgelöst. Das gilt sowohl für kollektive Stimmungslagen wie für den Alltag der Einzelnen. Die weitgehende Beliebig-

keit der Anlässe könnte darauf hindeuten, dass sich die subjektive Verfassung immer noch an dem ungewohnt organisierten Gesellschaftstypus reibt und abarbeitet. Die erstaunliche Zähigkeit, mit der Ostdeutsche in ganz verschiedenen Situationen immer wieder „falsch“ handeln, scheint eine solche nachklingende typologische Unvereinbarkeit zu bestätigen.⁴⁰ Es ist meist nicht die Unkenntnis der „Regeln“, hier wirken offenbar systemische Eigenheiten früherer ostdeutscher Lebensweisen nach. Denn jenseits aller Konflikte und Interessengegensätze hatten sich in der untergegangenen Gesellschaft Plan- und Zuteilungswirtschaft, Arbeitspflicht, soziale Gleichheit, Gemeinschaftspflicht, Gebrauchswertorientierung, universelle staatliche Zuständigkeit usw. wechselseitig bedingt und gestützt. Sie hatten eine in sich stimmige System Ganzheit gebildet, auf die hin sich eine subjektive Logik des Alltagslebens ausbildete.

Den neuen Lebensbedingungen entspricht eine andere, gleichfalls stringente Verhaltenslogik. Denn auch hier gehören auf der objektiven Seite Konkurrenzökonomie, Privateigentum, Markt, Parteiendemokratie, Vertragsrecht, plurale Öffentlichkeit usw. zusammen, bedingen einander, stützen sich wechselseitig und erzeugen durch ihre widersprüchliche „Harmonie“ auf der subjektiven Seite Verhaltensstrategien, die aufeinander verweisen, die ein „Bedeutungsgewebe“ bilden. Offenbar erscheint dieses Netz kultureller Übereinstimmung „den Ostdeutschen“ – nach Generation, sozialer Lage und kulturellem Milieu recht verschieden empfunden – noch nicht richtig geknüpft zu sein. Solche Unzufriedenheit könnte signalisieren, dass der enorme Anpassungsdruck, der mit der Komplettlösung des Systemtransfers verbunden war, ihre Initiativen nicht nur auf die Adaption an das Vorgegebene begrenzte, sondern inzwischen in eine kulturell produktive Situation mündet, die über das Reproduktive hinausgehen könnte.

Internetverweise des Autors:

www.zzf-pdm.de
www.polwiss.fu-berlin.de
www.berlinerdebatte.de
www.zonentalk.de

³⁹ Vgl. Lothar Fritze, Irritationen im deutsch-deutschen Vereinigungsprozess, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/95, S. 3–9.

⁴⁰ Vgl. dazu die kleine Studie von Margit Wehrich, Alltägliche Lebensführung im ostdeutschen Transformationsprozess, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/99, S. 15–26.

